Königl. Hoftheater.
[illegible]
„Aida" zurück. (Siehe Feuilleton.)

Wien. Bei der 1. Aufführung der Oper „Das Andreasfest" ward großer Erfolg erzielt. Nach dem 2. und 3. Akte wurde der Komponist viermal stürmisch hervorgerufen.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Dr. Treibich's
Augen-
Heilanstalt
Dresden,
Pragerstrasse 43, II.
Sprechzeit: 10–12
und 3–4 Uhr.

Carl Tiedemann
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Seit 1823 Marienstrasse 27 seit 1883
Amalienstrasse 19. — Seilerstrasse (Stadt Görlitz).

Technicum Mittweida
— Sachsen. —
Maschinen-Ingenieur-Schule
Werkmeister-Schule.

A. Peltier (Inh. G. Brähmer)
Dresden, Galeriestrasse 6,
empfiehlt zu mässigen Preisen:
weisse u. decorirte Porzellan- u. Steingut-Artikel
[illegible], sowie ganze Ausstattungen.
Zwiebelmuster aus der Kgl. Sächs. Porzellan-Manufactur in Meissen.
Altdeutsche Krüge und Seidel, antikgrüne Gläser mit Wappen und Monogrammen. Bowlen, Vasen, Luxus-Artikel etc.

Dresden-Neustadt, Casernenstrasse Nr. 13 Champagner-Fabrik, W. F. Seeger, Dresden-Neustadt, Ritterstrasse Nr. 14
empfiehlt seine wiederholt prämiirten Champagner, in Qualität guten französischen Marken gleich, zu 2–4 Mk. die Flasche. Dieselben Preise in den Niederlagen.

Nr. 32. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 1 Februar: Frischer Südwind, veränderliches Wetter mit wenig veränd. Temp., feine oder geringe Niederschläge. | Dresden, 1885. Sonntag, 1. Febr.

Für die Monate Februar und März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13**, zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Merkwürdige Vorgänge haben sich in dem Reichstagsausschusse betreffs der Postdampfer-Unterstützung abgespielt. Fernstehenden, die nicht Einblick in das verwickelte Getriebe der Reichstagsmaschinerie haben, muß es unbegreiflich vorkommen, wie es da mitunter zugeht. Der Ausschuß hatte die Postdampfervorlage wohl in einem Dutzend von Sitzungen, die sich bis spät nach Mitternacht hinauszogen, gründlichst berathen. Mit beispielloser Geduld hatte der Ausschuß die fortwährenden Intriguen Ehren-Bamberger's zur Hintertreibung des Unternehmens ertragen. Schließlich als derselbe erkannte, daß seine Liebesmüh' verloren sei, schied er „aus Gesundheitsrücksichten" aus dem Ausschusse aus. Dieser hatte noch einen Unter-Ausschuß zur genauesten Prüfung der Angelegenheit eingesetzt. Endlich kam es zur Abstimmung und zwar in 1. Lesung. Schon in dieser wäre die Vorlage bei Stimmengleichheit abgelehnt worden, hätte nicht der Abg. Bebel die Sitzung vorzeitig verlassen. So kamen die Beschlüsse mit 10 gegen 9 Stimmen zu Stande. Tags darauf ging es zur 2. Abstimmung. Da war der Ausschuß vollzählig. Er bewilligte zwar die Postdampferlinien nach Ostasien und Australien und zwar mit dem Hafen Brindisi als Ausgangspunkt der Mittelmeer-Zufahrtslinie der ersteren, lehnte aber die Postdampferlinie nach Afrika ab. Gerade diese ist sehr wichtig mit Rücksicht auf die Kolonialerwerbungen Deutschlands in dem dunkelen Erdtheile; aber die Gegner der ganzen Postdampfer-Unterstützung erklärten es nicht für rationell, mit einer derartigen Linie zu gleicher Zeit den Verkehr nach West- und nach Ost-Afrika (Zanzibar) unterhalten zu wollen. Die um diese afrikanische Linie verstümmelte Vorlage hatte nun für die Konservativen wenig Werth mehr; sie stimmten aus Unmuth nunmehr gegen den Gesetz-Entwurf überhaupt. So kommt an den Reichstag nur ein auf Ablehnung gerichteter Antrag. Natürlich werden hier die Freunde des Unternehmens die Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage, einschließlich der afrikanischen Linie, beantragen und hoffentlich auch durchsetzen. Aber abgesehen von obigem verzwickten formellen Gang der Sache verdienen einige andere Vorgänge im Ausschuß noch einige Erläuterungen. Das Centrum stellte sehr geschickt den Antrag, die Kosten für die Dampferunterstützung aus dem Ertrage der prozentualen Börsensteuer zu bestreiten. Graf Ballestrem meinte ganz zutreffend, daß da das Großkapital in erster Linie von den Postdampfer-Unternehmungen profitiren würde, dieses auch zuvörderst für die Kosten aufkommen müsse. Doch wurde dieser höchst zweckmäßige Vorschlag abgelehnt, sodaß das Centrum nun vermuthlich großentheils gegen die ganze Vorlage stimmen wird. Ueber das Anlaufen Rotterdams durch die von den deutschen Nordseehäfen ausgehenden Postdampfer wurde viel gestritten; Unterstaatssekretär Dr. Stephan widersetzte sich entschieden dem Antrage, ebenso die Abgeordneten Woermann und Eugen Richter, während die süddeutschen Abgeordneten erklärten, sie würden, wenn die Dampfer nicht Rotterdam anlaufen dürften, dann gegen die ganze Vorlage stimmen. Rotterdam wurde aber ebenso gestrichen, wie Triest und Genua als Ausgangshäfen für die Zweiglinien des Mittelmeeres, vielmehr wurde Brindisi als Kopfpunkt gewählt. Rotterdam, Triest und Genua haben gleichmäßig gegen sich, daß sie weit mehr den Industrieen Hollands, Oesterreichs, der Schweiz und Italiens nützen, als denen Deutschlands. Die von Brindisi ausgehenden Dampfer aber sollen nur Briefschaften und Passagiere befördern; für Frachtgüter ist diese Mittelmeerzweiglinie ohne Bedeutung. Abgelehnt wurde die Bestimmung, daß die neuen Postdampfer ausschließlich auf deutschen Werften gebaut werden sollen. Die Reichsregierung will sich nicht von einer Koalition der Werftbesitzer die Preise für die neuen Schiffe vorschreiben lassen. Unausgetragen sind auch die Widersprüche, welche Fahrgeschwindigkeit die Reichsregierung von den Postdampfern fordern und ob sie berechtigt sein soll, Einsicht in die Bücher derjenigen Gesellschaft zu nehmen, mit denen sie Verträge über die Postdampfer abschließt. Man sieht aus diesen sich widerstreitenden Ansichten, daß es durchaus noch unsicher ist, ob überhaupt die Postdampfervorlage im Reichstage eine Mehrheit findet.

Zu all diesen Widersprüchen ist noch eine Erscheinung gekommen, die ziemlich unerquicklicher Natur ist. Als Mitglieder in den Ausschuß hatten die Nationalliberalen die Abgeordneten Woermann und Meier entsendet. Gewiß höchst sachkundige Berather: Herr Woermann, Vertreter Hamburgs, erster Begründer der deutschen Kolonie Kamerun, einer der ausgezeichnetsten Kaufherren und Rheder der Welt; Herr Meier, Schöpfer und Haupt des Norddeutschen Lloyds in Bremen, hat einen in der ganzen Welt bekannten Namen. Von ihrer Sachkunde und Erfahrung hat der Ausschuß bei der Postdampfervorlage außerordentlich profitirt. Aber nun kam die Kehrseite der Medaille. Es fragte sich, ob die Dampferlinie von Hamburg oder Bremen auslaufen und mehr noch, mit welcher Gesellschaft die Reichsregierung die betr. Verträge abschließen solle? ob mit dem Bremer Lloyd Meier's oder mit einer Rhederei, an deren Spitze Woermann in Hamburg steht oder endlich, mit einer neuzubegründenden Aktiengesellschaft? Die Sache ist vielleicht jetzt noch nicht entschieden, jedenfalls machte sie verschiedene Stationen durch. Und nun erlebte man es, daß Woermann, unterstützt von der Presse seiner Vaterstadt zuerst, solange die Chancen Bremens besser standen, unerschwingliche Forderungen an die beabsichtigten Dampfer-Unternehmungen stellte, um sie, sobald sich die Aussichten Hamburgs wieder besserten, sofort fallen zu lassen. Umgekehrt malte der Vertreter Bremens in der ersten Periode nur rosa, um in der zweiten ganz schwarzsichtig zu werden. Dieses Verhalten erregte mehr und mehr Befremden und der Ausschuß nahm den Antrag der Abg. Bebel und Dietz an, daß Abgeordnete bei Strafe des Verlustes ihres Mandats weder als Eigenthümer, noch als Theilhaber an einer subventionirten Postdampfschifflinie betheiligt sein, noch dem Verwaltungs- oder Aufsichtsrathe einer solchen angehören dürfen. Woermann und Meier traten in Folge dessen aus dem Ausschusse zurück; das richtigste wäre gewesen, sie hätten sich in denselben überhaupt nicht wählen lassen, sondern wären nur auf Vorladung als Sachverständige erschienen. Beide Herren sind schon durch ihre Lebensstellung davor geschützt, daß sie verdächtigt würden, um persönlichen Gewinnes willen sich in ihren Abstimmungen beeinflussen zu lassen. Man kann ihnen höchstens vorwerfen, daß sie in der Wahrung der Interessen ihrer verschiedenen Wahlkreise etwas zu viel Eifer entwickelt haben. Dasselbe Schauspiel erlebt man aber alle Tage in den Landtagen, wo auch die Abgeordneten, um für ihren Wahlkreis eine Eisenbahn zu ergattern, Himmel und Hölle in Bewegung setzen. Wollte man nach dem Antrage Bebel-Dietz soweit gehen, alle derartigen Abgeordneten auszuweisen, so würden sich der Reichstag und die Landtage rasch entvölkern. Noch ein frappanteres Beispiel bieten die Zollfragen. Wir erleben es alle Tage, daß Landwirthe und Industrielle für Erhöhung der ihren Nahrungszweig betreffenden Schutzzölle tüchtig ins Zeug gehen, obwohl sie daran ein klar erkennbares persönliches Interesse haben. Und wenn Sozialdemokraten im Parlamente sich durch Reden und Anträge Popularität verschaffen, so weiß man, daß dies auch einen materiellen Hintergrund hat. Einen berechtigten Kern hat der Antrag Bebel-Dietz, aber man soll nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Alle Abgeordneten, die an einem Reichstagsbeschluß direkt oder indirekt persönlich interessirt sein können, zum Niederlegen des Mandats zu zwingen, heißt den Reichstag sachkundiger Mitglieder berauben. Schließlich bilden dann nur noch Beamte, Schriftsteller, Berufspolitiker und Rentiers die Volksvertretung und man erhält ein von allen realen Lebensfragen der Nation losgelöstes Parlament. Der einzige Schutz gegen den Mißbrauch des Mandats zu persönlichen Vortheilen ist die eigene Ehrenhaftigkeit der betheiligten Personen und die Wachsamkeit der öffentlichen Meinung und Presse. Diese hat im vorliegenden Falle genügt, um die Herren Woermann und Meier zum Rücktritt aus dem Ausschuß zu bewegen. Auch der Abg. Dietz bestätigte, daß Herr Meier sich stets da der Abstimmung enthalten habe, wo sein Interesse in Frage gekommen sei. Herr Meier fügte hinzu, sein Gewissen sei rein; die Subvention, die das Reich den Postdampfern gewähren werde, sei gar kein Geschenk, sondern eine Leistung für eine Gegenleistung, und es sei sehr zweifelhaft, ob die Gesellschaft, welcher die Subvention zufalle, mehr als die landesüblichen Zinsen verdiene. Herr Woermann fügte hinzu, daß er in den Verhandlungen nichts gesagt habe, was er nicht auch ohne sein Interesse zur Sache vertreten könne. Das ist gewiß glaubhaft, richtiger hätten die Herren aber gehandelt, wenn sie den gegentheiligen Schein gar nicht auf sich geladen hätten. Diese persönliche Angelegenheit ist ganz dazu angethan, der an sich schwierigen und verwickelten Frage der Postdampferunterstützung unnöthige Schärfe und Verbitterung zuzuführen und ihr Endschicksal noch mehr zu gefährden, als es ohnehin ist.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 31. Jan.

Berlin. Der Reichstag setzte die Berathung des Entwurfs betr. die Unfallversicherung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter fort. Abg. v Helldorf (kons.) kann dem Prinzip der Vorlage: Versicherung des Berufes statt des Betriebes, nicht zustimmen. Die Vorlage gehe zu weit, indem sie die kleineren Betriebe einbeziehe. Er hofft aber, daß die Kommission eine dem Bedürfniß entsprechende Vorlage konstruiren werde. Staatssekretär v. Bötticher: Die Regierung habe die Gleichstellung der landwirthschaftlichen mit den industriellen Arbeitern in's Auge gefaßt. Wenn erstere sehen, daß sie schlechter gestellt seien wie die letzteren, so werde der Zuzug der landwirthschaftlichen Arbeiter in die Städte sich noch vermehren. Schon heute beklagten sich die Arbeiter kleinerer Betriebe, daß sie der Wohlthaten des Gesetzes verlustig gingen. Aehnlich würde es in der Landwirthschaft kommen, wenn man die kleineren Betriebe ausnähme. Die Unglücksfälle seien bei den Kleinbetrieben häufiger, als beim Großbetrieb. Abg. Schrader macht der Rechten den Vorwurf, daß sie heute Schwierigkeiten mache, wo es sich um die landwirthschaftlichen Arbeiter handele, während sie früher, als es sich um die industriellen Arbeiter handelte, die von der Linken aufgeworfenen Bedenken nicht gelten ließ. Abg. v. Maltzahn-Gültz verwahrte seine Partei gegen diesen Vorwurf. Die Vorlage geht darauf an eine 28gliedrige Kommission. Es folgt Berathung über die Denkschriften betr. die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Hamburg und Berlin. Abg. Singer beruft sich auf das maßvolle Auftreten der Sozialdemokraten. Der kleine Belagerungszustand habe der Partei nur genützt, ein Zusammenhang der Sozialdemokraten mit den Anarchisten bestehe nicht. Letztere verabscheuen anarchistische Ausschreitungen, die durch die Polizeiorgane künstlich geschürt werden. Redner bringt eine lange Reihe von Beschwerden über Auflösung von Versammlungen, Ausweisungen u. s. w. vor. Die Deutschfreisinnigen, welche eine Anzahl Abgeordnete bei der Abstimmung über die Fortdauer des Sozialistengesetzes abkommandirten, treffe wesentlich die Schuld, daß das Ausnahmegesetz bestehe. Minister Puttkamer: Die verbündeten Regierungen hätten ebenfalls ein dringendes Interesse, Ausnahme-Maßregeln zu beseitigen. Die Möglichkeit hierzu liege aber nicht in ihrer Hand, sondern bei den Sozialdemokraten selbst. Das Sozialistengesetz habe erziehend gewirkt, Männer wie Most und Hasselmann wären heute im Reichstag nicht mehr möglich. Er hoffe, daß die Sozialdemokraten noch die revolutionären Bahnen verlassen werden. (Abg. v. Vollmar: Da kann man lange warten!) Die Behauptung, daß die Sozialdemokraten nicht mit den Anarchisten zusammenhingen, müsse doch mit Vorbehalt aufgenommen werden. (Oho! bei den Sozialdemokraten). Provoziren Sie nicht, ich könnte Ihnen Beweise geben (v. Vollmar: Wir verlangen sie!), ich kann Sie Ihnen aus Ihrer eigenen Presse geben. Streifen Sie den revolutionären Charakter ab und die Regierung wird mit Freuden das Ausnahmegesetz abschaffen. Abg. v. Köller rechtfertigt die Verlängerung des Belagerungszustandes für Berlin. Abg. Frohme behauptet, preußische Polizeispione hätten als Agents Provokateurs gewirkt und zu verbrecherischen Handlungen aufgereizt. Minister v. Puttkamer weist dies entschieden zurück und macht sodann Mittheilungen aus dem offiziellen Organ der Sozialdemokraten „Der Sozialdemokrat", der in Zürich erscheint, worin das Niederwald-Attentat als eine Polizeikomödie, das Attentat auf Rumpff aber als ein echtes Attentat bezeichnet wird. Man könne, heißt es in dem Artikel, dem Thäter menschliches Interesse nicht versagen, es handele sich hier um kein gewöhnliches, sondern um ein politisches Verbrechen, um einen Akt wilder Gerechtigkeit. Der Minister schließt, man wird den Hinterlassenen des ermordeten pflichttreuen Beamten eine eklatante National-Dotation nicht versagen können. (Zu den Sozialdemokraten) Sie sind von der Nation hiermit angeklagt, den Dolch für diesen pflichtgetreuen Beamten beschafft zu haben. (Beifall). Abg. Liebknecht weist zurück, daß man die Sozialdemokraten an die Rockschöße der Anarchisten hänge, er werde von den Anarchisten auf das Heftigste angegriffen (zu dem Ministertisch gewendet) Sie sind die Nährväter der Anarchisten.

Berlin. Der Bundesrath verwies den deutsch-russischen Auslieferungs-Vertrag an den Ausschuß und nahm die Zolltarifnovelle an. Die Konferenz nahm unter Formalitäten die Besitzergreifung an und übertrug die Redaktion der Schlußakte an eine Kommission.

London. Der Minister Camberlain sprach in Birmingham und erklärte, sobald Chartum und die übrigen egyptischen Garnisonen im Sudan entsetzt sein werden, würde die britische Armee das Land räumen (!) und soll dann der Bevölkerung des Sudans gestattet werden, sich eine eigene Regierungsform, sowie auch den Herrscher nach Belieben frei zu wählen.

Die Berliner Börse nahm wiederum einen festen Verlauf, auf allen Gebieten vollzogen sich kleine Besserungen, die allerdings zum Schluß durch größere Realisationsverkäufe theilweise wieder verloren gingen. Spekulative Banken ruhig. Die anfänglichen Besserungen gingen zum Schluß wieder verloren. Deutsche Bahnen ruhig, fest, österreichische Bahnen stark gefragt, steigend. Spekulative Bergwerke anziehend, fremde Renten gut behauptet, Türken gefragt. Kassenverkäufe fest, Maschinen- und Cementfabriken ziemlich belebt. Von österreichischen Prioritäten 4proz. Silber begehrt.

Frankfurt a. M., 31. Januar. Credit 250⅞. Staatsbahn 253⅞. Lombarden 119⅞. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 221⅝. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 206,37. Egypter 68,95. Gotth.-B. —. Serben —. Fest.

Wien, 31. Januar. Credit 304,60. Staatsbahn 306,10. Lombarden 146,20. Nordwestb. 174,50. Marknoten 60,57. Ung. Credit 314,25. Elbethal —. Fest.

Paris, 31. Januar. Schluß. Rente 80,07. Anleihe 110,07. Italiener 97,45. Staatsbahn 63[illegible],25. Lombarden 312,50. do. Prioritäten —. Egypter 345,00. Oest. Goldrente —. Spanier 60,56. Ottomanen 608,00. Tabaks-Actien —. Fest.

London, 31. Januar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100[illegible]. 1873er Russen 90[illegible]. Italiener 96[illegible]. Lombarden 12[illegible]. Türken 8[illegible]. 4% fund. Amerik. 124[illegible]. 4% Ungar. Goldrente 79[illegible]. Oesterr. Goldrente 87. Preußische Consols 101½. Egypter 68[illegible]. Ottomanbank 13[illegible]. Suez-Actien 73[illegible]. — Stimmung: Fest. — Wetter: Regendrohend.

Stettin, 31. Januar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, loco 152–161, pr. April-Mai 167,00, pr. Mai-Juni 170,00. Roggen fest, loco 133–139, pr. April-Mai 145,00, pr. Mai-Juni 147,50. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Januar 50,00, pr. April-Mai 51,50. Spiritus fest, loco 42,70, pr. April-Mai 44,20, Juni-Juli 46,20. Petroleum loco 9,10.

Breslau, 31. Januar, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. April-Mai 44,00, pr. Juni-Juli 45,00, pr. Juli-August 45,50. Weizen pr. Januar —. Roggen pr. April-Mai 141,00, pr. Mai-Juni 143,00, pr. Juni-Juli 144,00. Rüböl pr. Januar 52,00, pr. April-Mai 52,00, pr. Mai-Juni 52,50. Zink ruhig. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Dem Hofbuchverleger Richard von Grumbkow in Dresden ist vom Herzog von Meiningen die goldene Verdienst-Medaille des Ernestinischen Hausordens verliehen worden.

— Kürschnermeister Bruno Klette erhielt das Prädikat „Königl. Hoflieferant".

— Bei der Kgl. Altersrentenbank in Dresden (Altstadt, Landhausstraße 16, im Landhaus) sind im jüngst abgelaufenen Quartal 333,273 Mark in 1,345 Einlagen eingezahlt worden, das sind 142,900 Mark und 956 Einlagen mehr als im gleichen Quartale des Jahres 1883. Die Zunahme beträgt in der Kapitalsumme schon 68 Proz., in der Stückzahl der Einlagen aber sogar das 2½fache der Zahl des in Vergleich gezogenen Quartals, in welchem 210,373 Mark in 389 Einlagen eingezahlt worden waren; die Stückzahl ist also fast viermal so stark, wie die Kapitalsumme der Einlagen gestiegen. Diese Thatsache ist ein höchst erfreulicher Beweis dafür, daß die Altersrentenbank in die Kreise der minder bemittelten Klassen der Bevölkerung — für deren Wohl sie ja ausdrücklich errichtet worden ist, wenn auch der besser situirte Staatsbürger nicht ausgeschlossen sein sollte — nun einzudringen begonnen hat. Die zahlreich vertheilten Aufforderungen zur Einzahlung in Monatsraten haben ihr Ziel nicht verfehlt; die kleinen Einlagen von einer und mehreren Mark fließen der Altersrentenbank jetzt in weit größerer Menge als früher zu. Gegenwärtig sind es zwar noch die Kreise des Handels- und Gewerbestandes, aus denen der Altersrentenbank die meisten Einlagen zufließen, aber seit Kurzem fängt auch die landwirthschaftliche Bevölkerung des Landes an, die Vortheile, die die staatlich garantirte und durch hohe Renten ausgezeichnete Kgl. Altersrentenbank gewährt, sich zu eigen zu machen und für sie gerade wird die Altersrentenbank durch Beseitigung der Altersauszüge und Ersetzung derselben durch baare Rentenbezüge von ganz besonders segensreicher und weittragender Bedeutung werden.

— Die große Wohlthätigkeits-Vorstellung für die verunglückten Spanier im Cirkus Carré am Freitag Abend hatte ziemlich zahlreiches, vorwiegend feines Publikum in den stattlichen Rundbau gelockt. Ihren besonderen Glanz erhielt diese Vorstellung durch die Gegenwart Ihrer Majestäten des Königs und der Königin. Kurz nach 7½ Uhr fuhren die Allerhöchsten Herrschaften vor und wurden im Vestibule vom Herrn Direktor Carré und dem hiesigen spanischen Konsul Herrn Finke empfangen. Ein Töchterchen des Letzteren überreichte Ihrer Majestät ein Bouquet, welches von der hohen Frau huldvoll entgegengenommen wurde. Als die Majestäten, von der Gräfin Strachwitz, dem Kammerherrn vom Dienst Graf Hohenthal und dem General von Carlowitz gefolgt, in die Hofloge traten, ertönten die Klänge der Sachsenhymne und das Publikum erhob sich ehrfurchtsvoll von den Plätzen. Bis zum Schluß der glatt und präcis verlaufenden Vorstellung verweilten die Herrschaften und folgten den einzelnen Leistungen sowohl in der unerreicht dastehenden höheren Dressur und hohen Schule, sowie den gymnastischen und komischen Darbietungen mit sichtlichem Inter-